Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. — Wilh. Scheller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Adolf Steiner, William Wilkens. — Görlitz: C. Schoenwald. — Mainz: D. Frenz. — Minden: C. Marowski. —

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Etrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 330. [32. Jahrgang.] **Berlin, Montag den 17. Juli 1893, Abends.** [32. Jahrgang.] **Nr. 330.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen; bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.,** sowie die **Post-Expeditionen** für **8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin 48,** SW. **Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.**

Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248. **Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung;** unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248.**

Für die Monate **August** und **September** eröffnen wir ein besonderes Abonnement zum Preise von **⅏ 5.** Bestellungen werden bei allen **Reichs-Postanstalten,** in Potsdam bei **A. H. Pusch,** Kanal Nr. 10, außerdem in **Berlin** bei den **Zeitungs-Spediteuren** und in der Expedition der **„Nordd. Allg. Ztg.",** Wilhelmstraße Nr. 32, angenommen.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 17. Juli.

Der Reichstag ist, mit dem kaiserlichen Dank auf den Weg, am Sonnabend heimgegangen; die Gegner der Heeresvorlage aber haben nichts Eiligeres zu thun, als die in der Dankeserklärung kundgegebene Befriedigung Sr. Majestät des Kaisers und Seiner hohen Verbündeten zu mindern. Sie behaupten, es handle sich um einen nur kleinen Sieg der verbündeten Regierungen. Wir sind im Gegentheil der Meinung, der Sieg sei ein sehr großer. Denn nicht darauf kam es bei der endgültigen Abstimmung an, das Verhältniß der Regierung zu irgend einer der bestehenden Parteigruppen oder einer Koalition derselben festzustellen, und die Frage zu entscheiden, nach welchen Parteiprinzipien in Zukunft im Reiche regiert werden möchte — in einem monarchisch gefügten Staatswesen, wie dem Deutschen Reiche, liegen die Dinge in dieser Beziehung anders, als in parlamentarisch regierten Staaten —, sondern es handelte sich um Deutschland, seine Machtstellung inmitten der Welt und die Zukunft des Vaterlandes.

Mit der Annahme der auf die Verstärkung der Wehrkraft Deutschlands abzielenden Gesetzesvorlage ist das Bestreben der verbündeten Regierungen gekrönt worden, unserem öffentlichen Leben die Voraussetzung neu zu verbürgen, auf der es ruht: die Sicherheit und Selbstständigkeit Deutschlands.

Das aber will immerhin etwas besagen, wenn man bedenkt, wie deutsche Eigenart es zuläßt, daß über eine Frage, von der die Existenz Deutschlands abhängt, Welfen, elsässische Protestler und Sozialdemokraten mitentscheiden, Gruppen also, die ausgesprochenermaßen das Reich negiren. Ganz besonders tritt das Mißliche und der Widersinn dieses Verhältnisses in den auch jetzt wieder offen zur Schau getragenen internationalen Tendenzen der Sozialdemokratie hervor. Freuen sich die Gegner der zur Annahme gelangten Heeresvorlage, auch die Sozialdemokraten bei der Abstimmung auf ihrer Seite gehabt zu haben, so verzichten sie anscheinend darauf, sich die Frage zu beantworten, ob denn nicht in konsequenter Verfolgung ihrer Bestrebungen die Annahme berechtigt erscheint, die Sozialdemokratie möchte im Interesse der Verwirklichung ihrer Träume einen von Deutschland unglücklich geführten Krieg einem glücklich verlaufenden vorziehen.

Kommt also für die Beurtheilung der Größe des Sieges erheblich in Betracht, daß zu den Gegnern Gruppen gehörten, welche die zur Entscheidung gestandene Hauptfrage, ob die Grundlage der Sicherheit und des Schutzes Deutschlands möglichst stark zu erhalten sei, eo ipso verneinen, so ist des Weiteren in Rechnung zu ziehen, daß die verbündeten Regierungen, als sie den Antrag auf Verstärkung der Wehrmacht stellten, von vornherein so gut wie gar keine Unterstützung fanden. Nur ganz wenige Zeitungen standen zunächst mit uns auf ihrer Seite, und in der Reichstagskommission war es in der ersten Zeit nur der Abgeordnete Freiherr v. Stumm, der die Berechtigung und den logischen Zusammenhang der Forderungen anerkannte, die jetzt als billig und nothwendig zugestanden worden sind. Welchen Antheil immer der Kaiser und die verbündeten Fürsten, der Reichskanzler und die Vertreter der Heeresverwaltungen daran gehabt haben, daß der einmal beschrittene Weg sincere et constanter verfolgt wurde, nach und nach, wenn auch Vielen zu langsam, drang die Wahrheit der Gedanken, von denen sich die verbündeten Regierungen leiten ließen, doch durch. Die verantwortlichen Vertheidiger der Heeresvorlage hatten sich mit zwei Fronten zu schlagen und gleichzeitig gegen die bewußten und unbewußten Anhänger des Milizsystems zu kämpfen — Bebel, Richter, Lieber —, wie gegen Die, welche die Verstärkung der Wehrmacht nur unter Voraussetzungen zubilligen wollten, für die das Geld aufzubringen sie selbst keine Mittel wußten oder keine Majorität gefunden hätten. Die verbündeten Regierungen haben sich unentwegt darauf verlassen, daß die innere Wahrheit ihrer Forderungen und die Liebe zum deutschen Vaterlande, zu Kaiser und Reich, schließlich den Sieg davon tragen würden über die Sonderinteressen und den Fraktionspartikularismus in Verbindung mit den in den eingangs erwähnten Gruppen vorwaltenden Bestrebungen, und der Sieg ist in der That in der zuversichtlich erhofften Weise ihr Loos geworden. Der Reichstag hat ein Recht auf den Dank der Nation, die verbündeten Regierungen aber und speziell die verantwortliche Leitung der Reichsgeschäfte nehmen für sich nichts weiter in Anspruch, als das befriedigende Bewußtsein, Kaiser und Reich gut gedient zu haben.

Wie aus **Kiel** telegraphisch gemeldet wird, traf Se. Majestät der Kaiser dort am Sonntag Morgen ein und begab sich sofort von der Jensen-Brücke an Bord der Kaiserjacht „Hohenzollern".

Heute Morgen kurz nach 8½ Uhr trat auch Ihre Majestät die Kaiserin in Kiel ein und begab sich, von ihrem hohen Gemahl empfangen, in dessen Begleitung, ebenfalls von der Jensen-Brücke an Bord der „Hohenzollern".

Eine weitere Drahtmeldung vom heutigen Tage besagt: Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin haben um 10 Uhr 7 Minuten an Bord der „Hohenzollern", begleitet von den Torpedobooten „S. 27" und „32" die Reise nach Gothenburg und Bornholm angetreten. Der Aviso „Blitz", welcher ebenfalls die „Hohenzollern" begleitet, war 1½ Stunden vorher in See gegangen.

An eine Reise, welche der Großherzog von Weimar kürzlich durch Süddeutschland gemacht, hatte die hiesige „Tägliche Rundschau" die Vermuthung geknüpft, der Großherzog scheine dort für eine Persönhung mit dem Fürsten Bismarck thätig gewesen zu sein. Die „Weimarische Zeitung" ist ermächtigt, diese Vermuthung für irrthümlich zu erklären.

Während der verschiedenen Phasen des vielmonatigen Kampfes um die Militairvorlage haben die Parteiorgane so vielfach Veranlassung gehabt, ihre Stellung zu markiren, daß sie beim endlichen Abschlusse der Sache kaum noch viel zu sagen hatten.

Immerhin verlohnt es der Mühe, einige charakteristische, an die definitive Entscheidung des Reichstages anknüpfende Aeußerungen zusammenzustellen. So meint die „Kreuzzeitung":

„Eine Krisis liegt somit hinter uns, die weit schwerer gewesen ist, als die Meisten, die sie mit uns durchgemacht, wohl ahnten, und die in diesem Sinne an das Ustland'sche Lied vom „Reiter am Rhonesee" erinnern mag; mit dem Unterschiede allerdings, daß es den deutschen Zeitgenossen zu warnenden und aufklärenden Berathern nicht gefehlt hat, die aber bis zum letzten Augenblicke fast die Empfindung haben mußten, daß auf eine durchschlagende Wirkung ihrer Bemühungen kaum gerechnet werden dürfe. Es ist nun doch anders gekommen und besser, als wir in mancher trüben Stunde glaubten. Aber so ist es doch nicht gekommen, daß wir uns des Sieges als eines Erfolges freuen dürften, der weiteren Kämpfen um unsere nationale Sicherheit und Ehre ein Ziel setzte und ein Ende machte für alle Zeiten. Darauf darf angesichts der sehr starken Gegnerschaft, die sich bis ganz zuletzt erhoben, leider nicht gerechnet werden, wie wir ja auch heute, am Anfange eines neuen Abschnittes unserer inneren Entwickelung nicht wissen können, ob der Versuch, dem wir zugestimmt, weil es nicht anders ging, sich, militairisch betrachtet, bewähre, wie die berufenen Leiter hoffen."

Als allgemeinen Eindruck der am Sonnabend geschlossenen Reichstagstagung bezeichnet die „Vossische Zeitung":

„Sie war ein kurzes Vorspiel zu einer fünfjährigen Gesetzgebungsperiode, der sie nichts Gutes verheißt. Die Hauptvorlage der Regierung ist von einer Mehrheit angenommen worden, die aus so verschiedenartigen Bestandtheilen zusammengesetzt war, daß sie sich nicht leicht wieder zusammenfinden wird, und es entsteht die sehr ernsthafte Frage, auf welche Mehrheiten sich die Regierung in Zukunft stützen will. Die partikularistische Strömung ist im Wachsen; wir haben nur auf die erregte Weise aufmerksam zu machen, in welcher ein württembergischer Abgeordneter davon sprach, daß bei einem bestimmten Regiment möglicherweise einmal württembergische Soldaten unter preußischen Offizieren dienen müßten. Das Streben, den Reichstag in eine Gruppe von Interessenvertretern auflösen, ist im Wachsen; wir haben nur auf die Bildung einer sogenannten wirthschaftlichen Vereinigung hinzuweisen, die agrarische, zünftlerische und bimetallistische Bestrebungen zusammenfassen will, und in deren Vorstand ein in Friedrichsruh gut angeschriebener Nationalliberaler mit einem Antisemitenhäuptling zusammensitzt.

An schwermüthigen Betrachtungen über den Rückgang des Deutschen Reiches, des Reichstags hat es in den letzten Monaten nicht gefehlt, und wir wollen ihre Zahl nicht vermehren. Für uns steht es unerschütterlich fest, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes entschlossen ist, die Entwickelung des Deutschen Reiches auf den Wegen weiter zu führen, auf denen sie vor mehr als einem Vierteljahrhundert begonnen wurde, und sie werden freudig jeder Regierung folgen, die sie auf diesen Wegen zu führen entschlossen ist."

Ist das Berliner Organ für Staats- und gelehrte Sachen offenbar verstimmt, weil die Dinge sich nicht nach seinen Wünschen gestalten wollten und nach voraussieht, daß sie es auch so bald nicht thun werden, so stellt das Hauptorgan der süddeutschen Demokratie die Wähler unter die Anklage der Feigheit oder Gesinnungslosigkeit: Die „Frankfurter Zeitung" ist es, welche sagt:

„Ueber acht Monate sind seit der offiziellen Bekanntgabe des Heeresvermehrungsprojekts bis zur parlamentarischen Erledigung desselben verflossen. Es ist für den aufrichtigen Volks- und Vaterlandsfreund eine höchst unerfreuliche Aufgabe, den Blick auf diesen Zeitraum zurückzulenken. Anfangs schien es, als ob endlich einmal die große Majorität des deutschen Volkes und seiner Vertreter sich zu energischem Widerstande gegen diese immer bedrohlicher und verderblicher werdende Ausdehnung des Militarismus aufraffen werde. Kräftige Worte gegen die ärgste Plage der modernen Völker wurden laut an solchen Stellen, wo man in jahrelangem Herrendienst und unwürdigem Personenkultus es nahezu verlernt hatte, dem Willen der Regierenden die eigene Ueberzeugung entgegenzusetzen. . . . Zu bald stellte sich heraus, daß die anfängliche Opposition gewisser Kreise lediglich ein Strohfeuer war, nicht eine durch Ueberzeugungstreue und Pflichtbewußtsein genährte Flamme. . . . Nicht nur die umgefallenen Parlamentarier, sondern auch einen nicht unerheblichen Theil des deutschen Volkes trifft der Vorwurf der Gesinnungslosigkeit oder der Feigheit."

Während das Organ des Abg. Richter zu viel mit dem Parteitage zu thun hatte, um sich um die entscheidenden Beschlüsse des Reichstags kümmern zu können, kann das Zentralorgan des sozialdemokratischen Parteivorstandes seines Grimms kaum Herr werden. Der „Vorwärts" hat noch immer nicht begriffen, wie sehr sich die Opposition vergriff, als sie der sozialdemokratischen Phrase vom Kampfe gegen den „Militarismus" Gehör schenkte; er deklamirt:

„So hat der Reichstag, indem er die Militairvorlage annahm, sich in Widerspruch mit dem aufgesprochenen Willen der Mehrheit des deutschen Volkes gesetzt. Und wir, die intransigenten, prinzipiellen Feinde des Militarismus, — wir haben das erhebende Gefühl, nicht bloß die Interessen des deutschen Volkes zu vertreten, sondern auch die Majorität des deutschen Volkes hinter uns zu haben.

Durch seine Opposition gegen den Militarismus hat das deutsche Volk, nachdem es Jahrzehnte lang im Moloschdienst seine Kulturmission schnöde vergessen hatte, sich würdig erwiesen, „an der Spitze der Zivilisation zu marschiren". Wir werden unser Volk weiter anfeuern im Kampfe gegen den Militarismus; wir werden verhindern, daß die Frage zur Ruhe kommt; wir werden fortfahren, den Vorkampf zu führen in dem Bewußtsein, daß jeder Schlag, der den Militarismus trifft, auch ein Stoß ins Herz des Kapitalismus ist, der ihn erzeugt hat und ohne ihn nicht mehr leben kann.

Wir werden die Zeit bis zur nächsten Session gut ausnutzen. Und tritt der Reichstag im Herbst wieder zusammen und gilt es, die nöthigen Deckungsmittel für die Militairvorlage zu beschaffen, dann wird sich uns neue und beste Gelegenheit bieten, die Gemeinschädlichkeit und Kulturwidrigkeit des Militarismus den noch nicht ganz aufgeklärten Massen zu vollem Verständniß zu bringen, und den Haß und Abscheu der aufgeklärten noch mächtiger auffordern zu machen.

Die Militairvorlage ist angenommen!
Nieder mit dem Militarismus!"

Führt man die Phrasen des sozialrevolutionairen Organs auf eine einfache Formel zurück, so ergiebt sich, daß deren Inhalt gerade das Gegentheil von den Meinungen ausdrückt, welche das zitirte demokratische Organ Frankfurts kundgab.

Einem längeren Artikel der „Kölnischen Zeitung" entnehmen wir nachstehende, der Sache wohl am besten gerecht werdende Ausführungen:

„Daß wir heute diese traurigs, sowohl vom politischen wie vom wirthschaftlichen Standpunkt gefährliche Zeit endlich glücklich überwunden haben, das danken wir zum Theil dem Reichskanzler Grafen Caprivi. Es sind im Laufe der Monate auch von den Freunden der Vorlage manche harte Urtheile über die Einzelheiten seines Vorgehens gefällt worden. Der Eine wollte die Deckungsfrage von vornherein ganz ausgeschlossen haben, der Andere wollte sie vor der Berathung der Heeresverstärkung erledigt sehen. Hier hätte man es richtiger gefunden, die Heeresverstärkung auf Grund der dreijährigen Dienstzeit zu verlangen, um sich dann das Zugestandniß der zweijährigen Dienstzeit abringen lassen zu können, dort vermißte man den Mangel jeder Nachgiebigkeit und die zu geringe Betonung der großen Vortheile der zweijährigen Dienstzeit. Selbst noch am 6. Mai gab es unverbesserliche Optimisten, welche der Ansicht waren, daß eine Auflösung unnöthig sei, und die vor weiteren Marken und Heiligen nicht zurückscheuten. Wie man aber auch zu diesen Urtheilen und Bedenken sich stellen mag, die große Mehrheit des aufgelösten, wie des neuen Reichstags wird darin einverstanden sein müssen, daß selten eine Regierungsvorlage von solcher Tragweite für die ganze weitere Entwicklung der innern deutschen Verhältnisse von Regierungsseite mit so ruhiger Sachlichkeit, mit so vornehmer Leidenschaftslosigkeit, mit strengster Vermeidung alles Säbelgerasseln und aller Schwarzmalerei, lediglich im felsenfesten Vertrauen darauf, daß das Schwergewicht der Gründe der guten Sache zum endlichen Siege verhelfen müsse, im Deutschen Reichstage vertreten worden ist, wie dies im vorliegenden Falle durch den Reichskanzler Grafen Caprivi geschehen ist.

Dieser Kampf war weniger durch die Unsinnung der von vornherein zum Widerstand entschlossenen Fraktionen, als durch Beeinflussung der hinter den Abgeordneten stehenden patriotischen Wählermassen zu gewinnen. Graf Caprivi hatte von vornherein zu diesen Wählermassen, wenigstens zu denjenigen, welche die Schule des Heeres durchgemacht hatten, das feste Vertrauen, daß sie besser als alle die gegnerischen Abgeordneten, die nie die Ehre hatten, des Königs Rock zu tragen, das Schwergewicht seiner Gründe und Erwägungen verstehen und vertheidigen würden. Dieses Vertrauen hat ihm Geduld und Ausdauer gestärkt; fast bis zu den kleinsten Einzelheiten hat er persönlich Auskunft gegeben, Rede gestanden; und wenn er auch nicht beansprucht, der eigentliche Ausarbeiter der Vorlage zu sein, diese Anerkennung kann er voll und ganz für sich beanspruchen, daß die schließliche Gewinnung einer Mehrheit des Reichstags vornehmlich sein Werk ist. . . .

Es ist keine große Mehrheit, die schließlich die Annahme der Vorlage gesichert hat. Aber es ist nicht zu vergessen, daß noch vor wenigen Wochen alle Gegner und manche Freunde der Vorlage darüber einig waren, daß die Wahlen nie eine solche Mehrheit hervorbringen würden; und auch das verdient hervorgehoben zu werden, daß diese Mehrheit zu Stande gekommen ist lediglich aus rein sachlichen, militairischen Erwägungsgründen, daß der Reichskanzler mit nicht genug zu schätzender Widerstandskraft alle Versuche abgelehnt hat, die Zustimmung zur Vorlage mit Nachgiebigkeit auf anderen politischen Gebieten zu erkaufen. Graf Caprivi hat sich zu keinem einzigen Handelsgeschäft hergegeben; auch seine Erklärungen über die Deckungsfrage entsprechen durchaus der wirthschaftlichen Sachlage und haben in keiner Weise unnatürlichen Zwang für die Regierungen oder den Reichstag zur Folge."

Unsere Leser wissen, daß wir stets, selbst als das parlamentarische Schicksal der Heeresreform am stärksten gefährdet erschien, immer wieder die Zuversicht betont haben, das Schwergewicht der in der Sache selbst liegenden Gründe werde jedes Hinderniß überwinden und ihr zum Siege verhelfen. Wir haben diese Zuversicht auch dann festgehalten, wenn andere Preßorgane, von denen man hätte erwarten dürfen, daß sie dieselbe theilten, recht kleinmüthig und wankend werden wollten. Schließlich aber ist nun doch in Erfüllung gegangen, was wir mit Bestimmtheit sich vorbereiten sahen.

Die definitive Annahme der Militairvorlage erfolgte bekanntlich in namentlicher Abstimmung des Reichstags am Sonnabend mit 201 gegen 185 Stimmen. Es haben also an dieser Abstimmung 386 Mitglieder des Reichstags Theil genommen, und da von den 397 Mandaten 6 nicht besetzt sind (5 wegen der noch ausstehenden Nachwahlen und 1 in Folge der Mandatsniederlegung des Abg. Letocha, der an der namentlichen Abstimmung der zweiten Lesung am Donnerstag sich nicht betheiligt hatte), so haben nur 5 Abgeordnete bei dieser letzten Entscheidung gefehlt. Diese 5 waren der (kranke) schwäbische Demokrat Hartmann und der Pole v. Czarlinski, die auch bei der Donnerstags-Abstimmung fehlten, und drei mit „freier Hand" gewählte schlesische Zentrumsmitglieder, die Pfarrer Frank, Cytronowski und Wollny, welche am Donnerstag mit Nein votirten, sich jedoch am Sonnabend der Abstimmung fern hielten. Auf der Ja-Seite waren am Sonnabend die drei Antisemiten Ahlwardt, Liebermann v. Sonnenberg und Leuß erschienen, die am Donnerstag auf Wahlagitation abwesend gewesen; auf der Nein-Seite stimmte das Zentrumsmitglied Wenzel mit, welches am Donnerstag zwar im Hause anwesend gewesen, aber durch einen Zufall behindert worden war, abzustimmen.

Im Uebrigen erfolgte die Abstimmung am Sonnabend ganz so, wie diejenige am Donnerstag, für welche die Namen der Ja- und Nein-Votirenden bereits in Nr. 326 der „Nordd. Allg. Ztg." mitgetheilt sind. Die nach der Donnerstags-Abstimmung seitens der „Freis. Ztg." gemachte hämische Bemerkung, die endgültige Entscheidung des Reichstags hänge von dessen Gesundheitszustand ab, hat dem letzteren erfreulicher Weise keinen Schaden gethan.

Rundschau im Auslande.

Die **Pariser** Blätter fordern eine ernste Erörterung der siamesischen Angelegenheit und ein energisches Vorgehen gegen Siam, ohne sich durch die Beschuldigungen seitens der englischen Blätter beeinflussen zu lassen. Der Deputirte Deloncle, welcher am Dienstag die Regierung interpelliren wird, wird unverzügliche und energische Maßregeln gegenüber Siam verlangen. Man glaubt, berichtet das „W. T. B.", daß der Minister des Auswärtigen, Develle, die Interpellation dahin beantworten wird, die Regierung sei entschlossen, von Siam die Anerkennung der Rechte Frankreichs und die schuldige Genugthuung zu fordern. Früher sollen es sechs Punkte gewesen sein, wegen deren Frankreich Reklamation erhob, darunter der siamesischerseits bekanntlich in Abrede gestellte „Mord" des Agenten Grosgurin. Jetzt wird in den Vordergrund gestellt, daß Frankreich Genugthuung dafür zu fordern habe, daß die siamesischen Forts ohne vorherige Ankündigung auf die französischen Schiffe gefeuert haben. Ob hier wirklich eine Verletzung des Völkerrechts vorliegt oder nicht, dürfte sehr schwer zu beantworten sein. Seit nämlich die Franzosen in Indo-China mit den ostasiatischen Staaten in feindliche Berührung gekommen sind, spielt der Begriff des „halbamtlichen Krieges" eine Rolle. Wie früher die Regierung von Peking bezüglich der „Schwarzflaggen", so hat das siamesische Auswärtige Amt mit Bezug auf die Laosstämme am Mekong erklärt, ihr Land gehöre zu Siam, wenn aber die Bevölkerung sich unruhig zeige und den Franzosen mit den Waffen gegenübertrete, so müsse man in Bangkok die Verantwortung dafür ablehnen. So wurde zwar an der Grenze gekämpft, aber die Frage: ob Krieg, ob Frieden? blieb unentschieden, d. h. in rechtlicher Hinsicht; daß thatsächlich ein ganz regelrechter Krieg geführt wurde, geht aus nachfolgendem Telegramm hervor:

Paris, Montag 17. Juli. Aus Saigon wird gemeldet: Die Siamesen nahmen den französischen Dampfer „Jean Baptiste Say" fort, plünderten und versenkten denselben. Die Schiffsmannschaft wurde mißhandelt und sodann in Bangkok ans Land gebracht. Die französische Marineinfanterie nahm die Forts Donthane und Taphum am oberen Mekong. Sie verlor dabei sechs Mann an Todten und Verwundeten. Die Verluste der Siamesen waren beträchtlicher.

Eine andere völkerrechtliche Frage wird durch nachfolgendes Telegramm angeregt:

London, Montag 17. Juli. Wie der „Times" aus Bangkok gemeldet wird, hätte der Kapitain des „Forfait" gedroht, alle in siamesischen Diensten stehenden Fremden zu tödten. Der Hafenkapitain in Siam, Wil, erklärte in Erwiderung auf diese Drohung, er sei ein Deutscher. Der französische Kapitain sandte darauf einen Offizier zu dem Hafenkapitain, um diesem einen Besuch abzustatten.

Ob die Sache sich wirklich so verhält, muß abgewartet werden. Was den augenblicklichen Stand der Dinge betrifft, so meldet das „Reuter'sche Bureau" aus Bangkok von heute, die siamesische Regierung habe eingewilligt, auf Grundlage der Einsetzung der beiderseitigen Feindseligkeiten ihre Truppen zurückzuziehen.

Der frühere **italienische** Schatzmeister Luzzatti legt in der „Nuova Antologia" in Erwiderung auf einen Artikel Paul Leroy-Beaulieu's die Gründe für die Erhaltung der lateinischen Münzunion mit Rücksicht auf die Interessen des Weltmarktes dar. Luzzatti sagt, die Auflösung der Münzunion würde die allgemeine Krise nur verschärfen. Trotz der Silberbaisse könnten die Staaten der Münzunion, sowie Holland und Deutschland, welche beiden Staaten theilweise Bimetallismus hätten, den Goldwerth ihrer Fonds aufrecht erhalten. Die indische Münzreform beschränke sich darauf, das System der lateinischen Münzunion nachzuahmen, indem die freie Prägung der Silberrupie aufgehoben und der Goldwerth der Rupie künstlich erhöht werde. Es liege im Interesse Frankreichs, seine Theilnahme an der Münzunion nicht zu kündigen. Würde die Union gekündigt, so würde Italien gleichwohl mit verhältnißmäßiger Leichtigkeit seine Verpflichtungen einhalten können.

In der **serbischen** Skupschtina begann am Sonnabend Vormittag die Anklageverhandlung gegen das Ministerium Avakumovitsch im Beisein sämmtlicher Minister. Außer Ribaratsch und Kundovitsch waren sämmtliche Angeklagten anwesend. Die Diplomaten- und Journalistenloge waren überfüllt. Vor Beginn der Verhandlung hatte sich eine große Volksmenge vor dem Eingange der Skupschtina angesammelt, doch wurde der Platz alsbald von der Polizei geräumt. Nach Verlesung der Anklageschrift widerlegte Avakumovitsch, unter Berufung auf die Verfassung, die Anklage gegen das Kabinet und gegen seine Person. Er bezeichnete dieselbe als Ausfluß der Parteigehässigkeit. Der frühere Kriegsminister Bogitschewitsch überreichte dem Präsidium der Skupschtina eine schriftliche Vertheidigung, in welcher er sein Vorgehen als Soldat rechtfertigt und die Verwendung von Truppen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, sowie zum Schutze des Gesetzes für nothwendig erklärt, ohne für die Durchführung der den Truppen von den politischen Behörden zugewiesenen Aufgabe und für den Gebrauch der Waffen bei Erfüllung dieser letzteren die Verantwortung zu übernehmen. Nachmittags überreichten die ehemaligen Minister Alkovitsch, Stojanovitsch, Gjorjevitsch und Goozbitsch ebenfalls eine schriftliche Vertheidigung. Darauf erschien auch Ribaratsch in der Skupschtina, welcher einen Aufschub der Verhandlung verlangte, um genügendes Beweismaterial für seine Vertheidigung beschaffen zu können. Die Mitglieder der Fortschrittspartei, Gjurgevitsch und Garafchanin unterstützten das Verlangen Ribaratsch', doch stimmte die Mehrheit der Skupschtina für sofortige Vertheidigung, worauf Ribaratsch die Anklage in einer längeren, mit Beifall aufgenommenen Rede widerlegte. Um 7½ Uhr Abends wurde die Sitzung geschlossen. In der gestrigen Sitzung fuhr Ribaratsch in zweistündiger Rede in seiner Vertheidigung fort, indem er die Anklage Punkt für Punkt widerlegte und speziell auf Grund von Originaldokumenten die Beschuldigung zurückwies, das muthwillige Blutvergießen veranlaßt zu haben. Alsdann wies Ribaratsch darauf hin, daß auch dynastische Rücksichten das Aufbieten der bewaffneten Macht gegenüber den bedenklichen Kundgebungen für Karagieorgiewitsch hätten geboten erscheinen lassen. Die Skupschtina wurde um 7¾ Uhr geschlossen. Heute Vormittag 8 Uhr wird Ribaratsch in seiner Vertheidigung fortfahren. Weder in der Skupschtina noch außerhalb derselben kam ein Zwischenfall vor.

Die „Morning Post" schreibt, daß der Besuch des Khedive in **Konstantinopel** vollständig korrekt sei und die bei dieser Gelegenheit entstandenen sensationellen Gerüchte keinen Glauben verdienten. Egypten habe unter der Ueberwachung seitens Großbritanniens derartige Fortschritte gemacht, daß die Frage der Aufhebung dieser Ueberwachung unmittelbar und ohne vollständige Beendigung des Werkes außerhalb des Bereiches der praktischen Politik liege, ferner stehe die Thatsache, daß der neue französische Botschafter noch nicht auf seinem Posten in London eingetroffen sei, der Anbahnung ernster diplomatischer Unterhandlungen entgegen.

Nach einer aus **Rio de Janeiro** eingegangenen Nachricht sind daselbst amtliche Depeschen aus Rio Grande do Sul eingetroffen, denen zufolge der Belagerungszustand in dieser Stadt aufgehoben worden ist. Nichtsdestoweniger bleibt der telegraphische Dienst für das Publikum geschlossen.

Parteibewegung.

* Bei der Nachwahl in Rinteln sind, der „Nat.-Ztg." zufolge, abgegeben für: v. Buttlar (kons.) 4854 Stimmen, Dr. Koenig (Antisemit) 4232, Dr. Endemann (nat.-lib.) 2211, Markus (Soz.) 1745. Danach wäre Stichwahl zwischen v. Buttlar und Dr. Koenig erforderlich, bei welcher die Nationalliberalen für Ersteren den Ausschlag geben dürften, falls nicht der Richter'sche Heerbann mobilisirt wird und nebst den Sozialdemokraten für den Antisemiten eintritt.

* Als neue Erscheinung verzeichnet die „Kreuzzeitung", daß am Sonnabend beim Schluß des Reichstages „nicht nur die Sozialdemokraten, sondern diesmal auch Mitglieder der süddeutschen Volkspartei und ein Mitglied der freisinnigen Volkspartei den Sitzungssaal verließen, um der monarchischen Kundgebung zu entgehen."

* Der Reichstagsabgeordnete Prinz zu Schönaich-Carolath ist als Hospitant der nationalliberalen Fraktion beigetreten, welcher wir denselben in unseren Aufstellungen über die aus den Reichstagswahlen sich ergebenden Parteistärken bereits zugezählt hatten.

* Zu der am 22. Juli im Wahlkreise **Alsfeld** stattfindenden Nachwahl berichtet die „Frankf. Ztg.", der Ausschuß der „Christlich-Sozialen", die bei der letzten Wahl dort eine ziemliche Stimmenzahl für Hofprediger Stöcker erzielten, habe von dessen abermaliger Aufstellung abgesehen, weil Stöcker in einem anderen Wahlkreise zugesagt habe. Der Wahlausschuß überläßt es, entweder der Wahl sich zu enthalten oder „denjenigen Kandidaten zu wählen, der als das kleinere Uebel erscheint". Die „Frankf.